

Statistik informiert ...

Nr. 21/2004

23. Februar 2004

Insolvenzen 2003

Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Schleswig-Holstein leicht, in Hamburg deutlich gestiegen

Sowohl in Schleswig-Holstein als auch in Hamburg nahm im Jahr 2003 die Zahl aller beantragten Insolvenzen, d. h. die der Unternehmen und der sonstigen Schuldner, um mehr als ein Fünftel zu, und zwar in Schleswig-Holstein um 21 Prozent und in Hamburg um 23 Prozent. Wie bereits 2002 spiegeln die hohen Zuwächse nicht nur die konjunkturelle Entwicklung wider, sondern auch die Folgen der am 1. Dezember 2001 in Kraft getretenen Änderung der Insolvenzordnung. Damals ist für natürliche Personen die Möglichkeit geschaffen worden, die Verfahrenskosten gestundet und die sog. „Wohlverhaltensphase“, die Voraussetzung für eine Restschuldbefreiung ist, verkürzt zu bekommen. Diese Rechtsänderung hatte bundesweit dazu geführt, dass deutlich mehr natürliche Personen, wie Verbraucher, einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahren stellten.

Wie das Statistische Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein weiter mitteilt, ergeben sich bei den Unternehmensinsolvenzen deutliche Unterschiede – während die Zahl der in Hamburg beantragten Verfahren um 24 Prozent stieg, nahm sie in Schleswig-Holstein nur um zwei Prozent zu. Inwieweit die Konkurse durch Neugründungen von Unternehmen kompensiert werden, kann derzeit noch nicht angegeben werden.

In **Schleswig-Holstein** wurden 4507 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens gestellt. Davon stammte fast jeder dritte (1420) von Unternehmen, die verbleibenden von sonstigen Schuldnern (plus 33 Prozent), darunter 1222 von Verbrauchern (plus 58 Prozent) und 1736 von ehemals selbstständig Tätigen (plus 49 Prozent).

Von den 4507 in Schleswig-Holstein beantragten Verfahren wurden mehr als drei Viertel eröffnet; im Jahr 2001, als noch keine Möglichkeit zur Stundung der Verfahrenskosten bestand, hatte dieser Wert noch drei Fünftel betragen. Weitere 974 Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen, und in 44 Fällen wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Die von den Insolvenzgerichten genannten Forderungen lagen wie 2002 bei zusammen 1,1 Mrd. Euro.

b. w.

– Verbreitung mit Quellenangabe erwünscht –

Statistisches Amt
für Hamburg und Schleswig-Holstein
Anstalt des öffentlichen Rechts

Sitz Hamburg
Standorte: Hamburg und Kiel
Internet: www.statistik-nord.de

D-20457 Hamburg, Steckelhörn 12
Telefon: 040 42831-0, Fax: 040 42831-1700
E-Mail: poststelle@statistik-nord.de

D-24113 Kiel, Fröbelstraße 15-17
Telefon: 0431 6895-0, Fax: 0431 6895-9498
E-Mail: presse@statistik-sh.de

Vorstand:
Dr. Wolfgang Bick, Dr. Hans-Peter Kirschner

Bankverbindung:
HSH-Nordbank AG
BLZ: 210 500 00
Kontonummer: 1000345057

Rund zwei Drittel der 1420 Insolvenzanträge von schleswig-holsteinischen Unternehmen kamen aus den drei Wirtschaftsbereichen „Baugewerbe“ (348 Fälle), „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen sowie Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ (289 Fälle) und „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (287 Fälle). Insgesamt waren von den Unternehmensinsolvenzen mindestens 5398 Arbeitnehmer betroffen. Die geschätzten Forderungen beliefen sich auf 0,6 Mrd. Euro; im Jahr zuvor waren dies noch 0,7 Mrd. Euro gewesen.

In **Hamburg** wurden insgesamt 2717 Anträge auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens registriert. 1010 (37 Prozent) kamen von Unternehmen, die verbleibenden 1707 von sonstigen Schuldern. Mit 1281 Fällen (plus 31 Prozent) bildeten in Hamburg die Verbraucher die mit Abstand größte Gruppe der sonstigen Schuldner; weitere 282 Anträge (plus 143 Prozent) kamen von ehemals selbstständig Tätigen.

2404 oder 88 Prozent aller in Hamburg beantragten Insolvenzverfahren wurden auch eröffnet. Dies ist gegenüber 2001 ein Zuwachs um über zehn Prozentpunkte. In weiteren 303 Fällen wurden die Anträge mangels Masse abgewiesen, und in zehn Fällen wurde ein Schuldenbereinigungsplan angenommen. Auch in Hamburg lag die geschätzte Forderungshöhe mit 1,4 Mrd. Euro etwa so hoch wie im Vorjahr.

Der von den Unternehmensinsolvenzen am stärksten betroffene Wirtschaftszweig war in Hamburg der Bereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“ mit 311 Fällen, gefolgt von „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ mit 228 Insolvenzen und vom „Baugewerbe“ mit 163 Fällen. Zum Zeitpunkt des Antrages waren bei den insolventen Unternehmen zusammen mehr als 8000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die geschätzten Forderungen beliefen sich auf 1,2 Mrd. Euro (im Jahr zuvor 1,1 Mrd. Euro).

Ansprechpartnerin:

Dr. Margarete Haberhauer
Telefon: 0431 6895-9252
E-Mail: margarete.haberhauer@statistik-nord.de